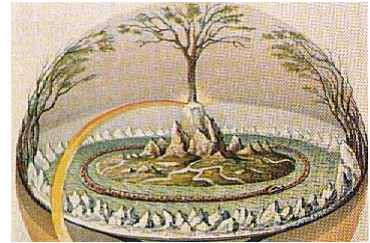


Asgard

Heimatland aller freiheitsliebenden Asen



Erklärung

was ist eine debellatio ?

wiki: Mit **Debellatio** ([lat.](#): vollständige Besiegung) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen [Staates](#) herbeigeführte Ende eines [Krieges](#). Nach [Völkerrecht](#) konnte damit die [Annexion](#) einhergehen: die Beseitigung der [Staatsgewalt](#) des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des [Staatsgebiets](#) durch den Sieger. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung [Karthagos](#) durch die Römer. Von manchen wird die Situation des [Deutschen Reichs](#) am Ende des [Zweiten Weltkriegs](#) als Debellation gesehen, was aus militärischer Sicht zutrifft.

Warum erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31.12.1937 .. damit der Teil von der Antarktis, welche durch Beflagung für das DR vereinnahmt wurde (Neuschwabenland) ausgeschlossen wird.

"Was heißt eigentlich: Grundgesetz ?"

gekürzte Auszüge aus der Rede des Abgeordneten Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 8. September 1948
Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen ... Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten, der Verknächtung des besiegten Volkes.

<< die aktuelle Situation der sog. **Euro(Schulden)Krise**, der Euro-Bonds **beweisen**, daß die *Subjugation* auch in 2011 noch durchgreift - das **dt. versklavte Volk in Knechtschaft** hat für alles aufzukommen ! >>

Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 08.05.1945 erloschen sein (dies ist nach allgemeinem Völkerrecht der Fall, wenn eine Macht durch eine andere militärische Macht { hier das „Deutsches Reich“ und „Preußen“ } vollkommen besiegte). Trotz der sog. Berliner Erklärung vom 05.06. 1945 ist dies durch die Übernahme der obersten Gewalt durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und die Provisorische Regierung der Französischen Republik“ erfolgt. Mit der völkerrechtswidrigen Proklamation Nr. 1 des Generals Dwight D. Eisenhower wurde das Deutsche Reich als Ganzes von den USA als Hauptsiegermacht beschlagnahmt! Die Beschlagnahme trat am 09.05.1945 in Kraft. Dies steht in Zusammenhang mit der im Februar 1945 im Livadia Palast auf der Krim beschlossenen Aufteilung Deutschlands in drei westliche und eine östliche Besatzungszone (JP Jalta Papers, 04. – 11. 02. 1945).

Völkerrechtswidrig wurden in den einzelnen Besatzungszonen neue Länder gegründet, welche die Vereinigten Staaten von Deutschland bilden sollten, s. Klaus-Jörg Ruhl, Die Besatzer und die Deutschen, Amerikanische Zone 1945 – 1948, Droste-Verlag 1980.

Die Übergabe der gesetzgeberischen Gewalt wurde nur zur Täuschung an die bayrische Regierung erklärt, tatsächlich aber allein durch die USA ausgeübt, s. 3 Absatz des abgebildeten Erlasses der Militärregierung vom 26.12.1945, der die Kompetenzen der bayrischen Regierung

SHAEF – Gesetzgebung ist seit Juli 1945 Rechts-grundlage für die US – Armee in Europa, s. Artikel VI der SHAEF Proklamation Nr. 1. *“Das Besatzungs-recht steht als selbständige Rechtsordnung über und neben dem deutschen Recht. Es wendet sich einer-seits an die der Besatzung Unterworfenen, also an die deutschen Behörden und zum Teil auch unmittelbar an die einzelnen deutschen Bürger (Juristisch korrekt wäre allerdings: ... deutschen Staatsangehörigen und bundesrepublikanischen Bürger – Deutsche wie Staatenlose*

und Ausländer). Es umgrenzt andererseits, allerdings vielfach in sehr verschwimmenden Umrissen und unvollständig, die Rechte und Pflichten der Besatzungsbehörden." aus: Von Schmoller / Maier / Tobler, Handbuch des Besatzungsrechts, JBC Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1951, Vorwort

Die Grundlage des Nationalsozialismus war eine willfährige und durch die Machthaber kontrollierte Justiz.

- dies wiederholte sich

SHAEF ist die Abkürzung für Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force und ist das Hauptquartier der alliierten nach Europa entsendeten gesamten Streitkräfte
Danke an Dr. J. W. TEREDO

faktisch erfolgte debellatio des Deutschen Reichs, ohne militärische Kapitulation - des deutsche Volkes

Allgemein ist anerkannt: ohne Staatsvolk gibt es keinen Staat, denn dieser ist nichts anderes als die äußere Form einer Schutzgemeinschaft, welche die Interessen des Staatsvolkes international zu vertreten hat. Daher wird ein Staat immer durch die Summe aller Menschen, die sich ihm anschließen und nicht durch „Landesgrenzen“ bestimmt. Viele deutsche Gebiete sind bis heute - nach mehr als 60 Jahren - trotz Simson-Doktrin (1932) und Briand-Kellogg Pakt (1928) fremd verwaltet - dabei unterliegt auch Völkergewohnheitsrecht ebenso den int. Pakten wie auch den Wiener Vertragsrechtskonventionen, IpbpR, Simson-Doktrin, Briand-Kellogg Pakt, dem Naturrecht etc.

«Die bayerische Regierung übt die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt aus. Sie besitzt alle Zuständigkeiten und Machtbefugnisse, die früher durch den Staat ausgeübt wurden und weiterhin innerhalb des Staates jene Machtbefugnisse, die früher durch die Reichsregierung ausgeübt wurden.

...
Die bayerische Regierung ist für die Erfüllung der Regierungsaufgaben innerhalb des Staates voll verantwortlich . . .

Die Kontrolle der Militärregierung beschränkt sich auf das, was für die Zwecke der Besetzung erforderlich ist. Die Maßnahmen des Kontrollrats für Deutschland und einer von ihr etwa eingesetzten Zentralbehörde gehen den Maßnahmen der bayerischen Regierung vor. Der Ministerpräsident und die Ministerien haben das Recht, alle Beamten im Staat zu ernennen, vorausgesetzt, daß die Militärregierung sie für politisch verlässlich hält und ihrer Ernennung zugestimmt hat.

...
Für die gesamte Gesetzgebung ist die bayerische Regierung allein verantwortlich. Kein Gesetz darf einen Hinweis enthalten, daß dies im Namen oder mit Genehmigung der Militärregierung erlassen ist. Bis zur Bildung einer Volksvertretung genügt es für die Gültigkeit der Gesetze, daß sie vom Ministerpräsidenten erlassen und verkündet sind. Landesgesetze bedürfen der vorherigen Genehmigung durch das Amt der Militärregierung für Bayern!»

Durch Rechtsbruch im Völkerrecht (HLKO Art. 3) legten die Alliierten für die BR-Deutschland das GG fest und ließen den von Ihnen bestimmten Parlamentarischen Rat darüber befinden, sowie es in dem von ihnen festgesteckten Rahmen anpassen; sie setzten die BRD Verwaltung (genannt *Regierung*) für das vereinigte Wirtschaftsgebiet ein - Potsdamer Protokoll Artikel III Pt. 16: **Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.** - hier steht nichts von der Einsetzung eines Staates, Staatsgewalt oder Regierung (welche *legitim* die Interessen dieses Volkes in der Welt inkl. der UNO vertreten könnte oder würde) (welche legitim die Interessen des deutschen Volkes in der Welt inkl. der UNO vertreten könnte) oder von einem Vertragswerk, welches von mehreren Seiten ratifiziert wurde, sondern ein „Gesprächsprotokoll“, welches jegliche Befreiung des deutschen Volkes endgültig zu unterbinden hatte (der verhaftete Vertragspartner *existierte* nicht mehr). Die alliierten Stadthalter (Ministerpräsidenten und Landesregierungen) hatten das GG anzunehmen.

** Definition Grundgesetz: Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem durch Kriegshandlung besetzten Gebiet. Gegeben von der Siegermacht (oder den Siegermächten), für das auf Zeit eingesetzte Verwaltungsorgan (BRD).

(Creifeld's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H.Beck München 2002)

Die Vorbereitung dazu finden sich vor allem im Westfälischen Frieden (das Heute läßt sich direkt daraus ableiten). Warum wir **die Lösung dessen im TING sehen**, ... folge dem Link zu www.tingg.eu/thing.htm

Auszug aus www.tingg.eu/thing.htm

Das Wort Thing bedeutet seit ältester Zeit "Volks- und Gerichtsversammlung".

Aus welchen weiteren Gründen beziehen wir uns auf den Ting / Thing ?

Über Jahrtausende (siehe dazu auch die Ursprünge in den Vedischen Schriften; bereits die Weden wird von den Asen, welches nach einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den älteren Wanen nach einem

Friedensschluß das Göttergeschlecht unserer Vorfahren wurden.

Gerade die katholische Kirche (mit ihren Kopieranstalten: den Klöstern, wobei niemand sagen kann, wie viel vom Originaltext übrig blieb) ist die wahre Nachfolgerin des römischen Imperiums; die militärischen Strukturen (zB die Centurie, die Hundertschaft) finden wir in der Kirchenhierarchie wieder. Die katholische Kirche schwingt zwar in Selbstermächtigung (wie es 1933 durch 1 Person wiederholt wurde) zum einzigen Heilsbringer auf (welche natürlich aus derselben Stadt kommt, aus welcher die röm. Truppen die Welt mit ihrem Weltenbrand überzogen), dabei ist bekannt, daß (siehe das Buch von Wieland Die Edda) Jesus, der Christus (= ein Titel, kein Name) 1:1 die Figur von Buddha und Krishna in allen Details darstellt - dabei sind die Niederschriften zu Buddha und Krishna sehr viel älter.

So wie heute der historische Revisionismus zu Gefängnis und tot führt, so hat die Kirche jede Hinterfragung mit Hilfe der Inquisition, den Benediktiner Mönchen und den Jesuiten zu einem "Spiel mit dem Leben" gemacht - wenn ich nur die Wahrheit verbreite, braucht es keine Todesstrafe !

Wollen wir zu unserer Freiheit zurückkehren, dann müssen wir vor der römisch katholischen Inquisition und ihre Verfälschung von Wahrheit ansetzen - auch deshalb der Ting, denn dieser gehört(e) zu unserem Volk Jahrtausende vor dem hierarchischen, pyramidalen System Roms !

Unser TING stellt damit eine "Institution" bewußt **vor der Zeit** dar, bevor das römischen Recht und das kirchliche canonische Recht sich in allen Bereichen festsetzte. Auch im Sinne des "Namensrechts" gehört uns der Name Germanen nicht, denn dieser ist eine Schöpfung des Römers Tacitus. Seit 1213 ist alles zu kirchlichen Lehren und unser Leben ist ein Lehen auf Lebenszeit - gemäß kirchlich realisiertem Lehensrecht unter Gewalt / Vormacht des jeweils herrschenden Jesuitengenerals.

Mit der Geburtsurkunde werden wir zur toten (tot durch den CQV Act von 1540 - siehe Gesetze 1666 und 1707) Pfandware - eine tote Entität und damit eine Person. Die kirchliche Taufe führt ebenso wie die Schiffstaufe zur Überstellung unter das Seerecht - der Kapitän auf hoher See ist damit wie der Rechte, alleiniger Herr über Leben und Tod und kein Menschenrecht, kein BGB absolut nichts greift.

All dieses lassen wir hinter uns, denn wir treten ein in die Zeit vor der römisch katholischen Invasion.

Was ist jedoch heutige Realität ?

Die Menschen haben ihre Eigenverantwortung MIT ABGABE IHRER STIMME abgegeben - in die Urne verloren (Urne enthält die VERBRANNTTE Asche ...) und wollen weder den WICHTIGSTEN Dingen, welche ihr Leben bestimmen, noch mit den darauf folgenden Konsequenzen / Verantwortung etwas zu tun haben. Aber dies geht schon alleine deshalb nicht, weil jeder Einzelne von uns, Teil der völkischen Gemeinschaft ist, welche wir Gemeinde, Dorf, Stadt, Bundesland oder Staat nennen.

Im Thing / Ting übernimmt wieder jeder seine (Eigen-)Verantwortung, welche er durch seine Inkarnation auf dieser Erde quasi durch seinen Inkarnationsvertrag vor seiner Geburt bereit war, zu übernehmen (es gibt keinen akzeptablen Grund - auch nicht das Vergessen, seinen Inkarnationsvertrag nicht zu erfüllen).

Der wahrhaftige Ting entspricht einer harmonische Beziehung: jeder Ting-Teilnehmer gibt wahrhaftig, aus ehrlichem Herzen, ohne Hintergedanken, ohne Nehmen zu müssen oder Anderen etwas aufzuzwingen.

Da dies ohne jede Ausnahme jeder wahrhaftige Tingteilnehmer so macht, wird umgekehrt jeder Tingteilnehmer zig-fach beschenkt, denn alle geben ja auch, so daß man für das eigene Geben (1x durch sich selbst) es zigfach (alle - minus 1) zurück bekommt.

Was geschah: 1945 kapitulierte die Wehrmacht, Dönitz übernahm die Nachfolge / Regierungsgeschäfte, damit das DR eine Vertretung auch gegenüber den Alliierten hat

- auch wenn Dönitz nicht korrekt nach WRV bestätigt / legitimiert wurde, so brauchte doch das DR eine Vertretung; diese wurde von den Alliierten verhaftet und damit das DR Führungslos zurück gelassen

- es existiert bis heute niemand, der einen Friedensvertrag schließen könnte !!!

- das Ziel wurde erreicht.

Kein Völkerrechtsartikel - auch nicht der HLKO Artikel 43 - gestattet die Aufhebung der Verfassung des Feindlandes - mit der dadurch erfolgten Einsetzung einer „neuen“ Rechtsbasis anstelle der Landesverfassung in Form eines Grundgesetzes.

Jeder „deutsche“ also BRD - Beamte, Minister, Politiker schwört auf das Grundgesetz und damit auf die illegitime Ersetzung der deutschen Verfassung von 1849, wobei das GG das „Hausrecht“ der Alliierten im besetzten Gebiet darstellt - dies im Widerspruch zum HLKO Artikel 45:

Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueeid zu leisten.

In der BRD ist dies zum Fakt geworden und der alliierten Siegermacht durch von der BRD Regierung der Treueeid geleistet worden; diese „*Verwalter aus dem eigene Volk*“ haben schon durch den Treueeid die Interessen des Kriegsgegners (es existiert kein Friedensvertrag) gegen das „eigene“ Volk mit aller Gewalt durchzusetzen. So legten die Alliierten auch die Landeswährung als DM fest (jede andere Währung ist nach SHAEF verboten) und druckten diese in USA. Sie bestimmten, daß kein Deutscher Besitz haben darf: SHAEF G. 52 Artikel II inklusive den nachfolgenden Punkte 3. - 8., welche bis heute explizit durch die BBRG - d.h. in der Beamtenschaft - fortgelten; das Deutsche Reich hörte mit der Verhaftung der Regierung Dönitz auf, zu existieren - obwohl das deutsche Volk niemals kapitulierte.

„Charta der Vereinten Nationen“ Kapitel XI Erklärung über Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung Artikel 73 Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; sie übernehmen als heiligen Auftrag die Verpflichtung, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern ..

Wieso wird von allen Seiten gesagt, es wird bzw. hat keine debellatio stattgefunden ?

Nicht deshalb, weil es kein Schreiben gibt, welches dieses als (verwirklichter) Plan vorsieht / vorgesehen hat, sondern, weil die Annahme, dass eine debellatio nicht stattgefunden hat, uns weiterhin in der Handlungsunfähigkeit hält.

Hintergrund

=====

Seltsamerweise argumentieren die Reichsdeutschen mit Entscheidungen eines BVerfG - eines Gerichts, welches ebenso wenig wie irgendein anderes durch den gelöschten §15 des GVG Staatsgericht ist und welches sich Verfassungsgericht nennt, obwohl die BRD keine Verfassung, sondern nur ein GG hat. Die "1 BvF 2 / 1973 Entscheidungen", *eines nicht untergegangenen DR und seiner Handlungsunfähigkeit* nutzt den erklärten Feinden dieses Volkes - siehe immer noch in Kraft stehende UN Feindstaatenklausel.

Auch der Völkerrechtler Georg Jellinek ist zudem widerlegt:

er sagt: zu einem Staat als Völkerrechtssubjekt gehöre ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsmacht - unabhängig von Gebiet und Macht braucht es als Basis das Staatsvolk, sonst ist es niemals Staat - die BRD hat nichts dergleichen, sondern nur eine Verwaltung eines vereinigten Wirtschaftsgebietes

Der Souveräne Malteserorden ist ein souveränes Völkerrechtssubjekt, mit Sitz im Palazzo di Malta in der Via dei Condotti 68, in Rom, mit eigener Währung (1 Scudo = 12 Tari = 240 Grani) und eigenem Kfz-Kennzei-

Großadmiral Dönitz

Bad Mondorf, Juli 1945

Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus 3 Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 u.a. die Feststellung enthielt, der Deutsche Staat habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtet, daß es heißen sollte, die Deutsche Regierung habe aufgehört zu bestehen. Um Mißverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:

1. Die Kapitulation ist von meinem Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt habe, und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.
2. Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei Deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.
3. Die im Anschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebiets hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.
4. Ebensowenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hatte nur zur Folge, daß jede tatsächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.

chen S.M.O.M. bei 12 500 Mitgliedern - mit Macht & Volk, aber ohne Gebiet. Zumindest bis 1999 wurde direkt Bezug auf RuStAG genommen - Dez. 2010 auf das NS StAG vom 5. Februar 1934 - also existiert kein eigenes Staatsvolk und daher niemals eine BRD als Staat !!

Die Aussen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls: eine Einführung von Ralph Rotte

58

3 Das außenpolitische Entscheidungssystem

- bestätigt Art. 9 des Lateranvertrages jedoch die Souveränität des Heiligen Stuhls über die dauerhaft in der Vatikanstadt ansässigen Personen.
2. Das Staatsgebiet, über das der Heilige Stuhl in Gestalt der Vatikanstadt verfügen kann, ist sehr klein und bezüglich seiner Infrastruktur völlig abhängig von Italien (z.B. hinsichtlich der Wasserversorgung, des öffentlichen Transportwesens oder der polizeilichen Ordnungswahrung auf dem Petersplatz). Entsprechend wird behauptet, dass von einer echten Unabhängigkeit im Sinne eines ausreichend großen, eine faktische Selbstbestimmung erlaubenden Territoriums nicht die Rede sein kann. Dieser Einwand gilt aber ebenso für andere Mikrostaaten, die ebenfalls faktisch von größeren Staaten abhängig, aber gleichwohl zumindest formal souveräne Mitglieder der Staatenwelt sind.
 3. Die Staatsgewalt des Heiligen Stuhls ist tatsächlich die zentrale Verwaltung der katholischen Kirche, also einer Religionsgemeinschaft. Da Religionsgemeinschaften jedoch keine Staaten sind und entsprechend grundsätzlich keine völkerrechtliche Souveränität besitzen, könnte auch der Heilige Stuhl keine solche beanspruchen. Dies impliziert zugleich, dass der katholischen Religion ein anderer, wertvollerer Status beigegeben werden sollte als anderen Glaubensrichtungen.

Diese drei Hauptargumente, die gegen eine völkerrechtliche Sonderposition des Heiligen Stuhls in Form einer Gleichstellung mit den Staaten eingewandt werden, korrespondieren mit Auffassungen, welche seine Völkerrechtspersönlichkeit historisch an die Existenz des Kirchenstaates binden. Danach bestand der Kirchenstaat seit seiner Etablierung durch die Pippinsche Schenkung 754 bis zu seiner Besetzung durch Italien 1870. Der Papst war während dieser Periode als Staatsoberhaupt wie andere Staatsoberhäupter souveräner Staaten auch zu betrachten, so dass der Heilige Stuhl weniger als Oberhaupt der katholischen Kirche als vielmehr als Herrscher des Kirchenstaates souverän gemäß aller drei völkerrechtlichen Definitionsmerkmalen eines Staates war. Die endgültige Auflösung des Kirchenstaates 1870 zog nun jedoch die Rechtsfolgen einer Debellation, nach sich, d.h. mit dem Wegfall mindestens eines Staatselements durch Krieg und Annexion ganz Roms durch Italien im Oktober 1870 ging der Untergang des Kirchenstaates und folglich auch seine Völkerrechtspersönlichkeit, verkörpert durch den Papst, einher. 1870 wäre damit die Völkerrechtspersönlichkeit des Heiligen Stuhls erloschen. Schließlich gestand auch das italienische Garantiegesetz von Mai 1871 dem Papst gewisse Privilegien wie das gewohnheitsmäßige Gesandtschaftsrecht und das Nutzungsrecht für den Vatikan in erster Linie aus Höflichkeit, nicht aus Anerkennung wirklicher Souveränität zu (Kliem 1932: 36-

WICHTIG: Debellatio führt zum Untergang des Völkerrechtssubjektes (Staat) !

Damit existiert seit 9. Mai spätestens 23. Mai 1945 kein Staat / kein Völkerrechtssubjekt und damit auch keine Gebiets K.d.ö.R. mehr - ohne Staat sind Soldaten nur mehr Freischärler, Söldner, Guerilla, Untergrundkämpfer, weshalb auf die dt. Wehrmacht nicht mehr die Genfer Konventionen - siehe Rheinwieslager de (mehr als 800.000 verreckten) oder die HLKO angewandt wurden; ohne Staat gibt es keine legalen Gesetze oder Beamte - alle Maßnahmen, die dem Geldeintreiben dienen entsprechen nach HLKO und VStGB der Plünderung und der Piraterie. Obwohl das dt. BGB den bürgerlicher Tod nicht kennt, trat Subjugation {Unterjochung, Knechtschaft} ein und das gesamte deutsche Volk fällt unter c.d.m.: Versklavung {aus der debellatio} - all dies bis zum heutigen Tage.

Die logische Konsequenz daraus muß sein, daß ein subjugiertes (to subjugate: knechten, unterjochen, unterwerfen) Volk keinerlei Rechte und keine Souveränität mehr besitzt; damit kann dieses sich - solange die Bindung an das Land, welches durch debellation vollständig besiegt und als Völkerrechtssubjekt aufgelöst wurde - keine eigene (neue) Verfassung geben ([30. Mai 1949](#)). Zuerst muß das Volk sich aus der Subjugation (die alten Fesseln abwerfen) befreien und zusammen mit einem eigenen, neuen Völkerrechtssubjekt "neu starten"; dies ist weder in dieser Scheindemokratie noch unter Treuhand möglich.

Wobei eine weitere Fessel gerne übersehen wird:

Zitat Steffen W. H.: *Ein Cestui Que Vie-Trust, ist ein „Lehen auf Lebenszeit“ - es ist ein begebenes Lehen zu Schulden, das fiktive Konzept für ein erkauftes Leben, ...ist eine testamentarische Stiftung (trust) die erstmals während der Herrschaft Henry's des VIII von England auf Grundlage des „Cestui Que Vie Gesetzes“ von 1540 gegründet und später durch Charles II mit dem CQV Gesetz von 1666 erweitert wurde. Dieser Akt gibt der Regierung eine „LEGALE PERSON“ - Deinen STROHMANN zum „direkten“ Handeln. Damit wurde der Mensch zum ehrenamtlich tätige „Volontär“ unter treuhänderischer Verantwortlichkeit und Zuständigkeit - für den Strohmann, wobei der „STROHMANN“ ist unter Regierungs-Gerichtsbarkeit steht.*



<= Der Bezug ist der Name !! Nicht !! die Person; und erst recht nicht der Mensch.

Wir haben eine fiktive, mit dem Namen verknüpfte Treuhandschaft (CQV-Trust) <> Fiduziarität

Zitat aus Steffen W. H. Buch: *Unveräußerliche Rechte: Rechte, deren sich kein Mensch begeben kann, ohne auf seine Menschheit Verzicht zu thun, und die aus dem Naturrechte aller Menschen fließen, und zu denen daher alle Menschen gleich berechtigt sind. Kein Mensch kann sich daher dieser Urrechte begeben, ohne aufzuhören, ein freier Mensch zu seyn.*

Das Verhältniß des Sklaven und Herren - dieses innere Verhältniß, daß dieses nicht dem Rechtsgesetze widerstreitet; denn das Rechtsgesetz begreift nur diejenigen Handlungen unter sich, wodurch ein Eingriff in die Freiheiten anderer Menschen geschieht; die Entsagung meiner Rechte ist aber nicht ein solcher Eingriff, denn sie schadet mir nur allein, und daher ist auch diese Handlung der Entsagung durch das Rechtsgesetz nicht verboten.

Das Naturrecht und alle davon abgeleiteten Rechtssysteme kennen nur den Menschen !

Fakt ist: es gibt keinen Staat BRD; nicht nur das Urteil BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73 mit Gesetzeskraft - für die BRD und Ihre Angehörigen - belegt, dass die BRD und ihre Organe auch niemals (da keine Rechtsnachfolge) Besitzrecht auf dem Gebiet des Deutschen Reichs ausüben darf oder dürfte: Simpson Doktrin und Briand Kellog Pakt im Völkerrecht - solch ein / Ihr Vorgehen widerspricht vom 1. Tag dem zu Grunde liegenden römischen Recht, des „uti possidetis, ita possideatis“ = **demjenigen, der das Besitzrecht ausüben will, muss es auch gehören !**

Im Völkerrecht ist Staat als originärer Träger von Hoheitsgewalt definiert i.d.R. als eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts, wobei die Bürger gesetzliche Zwangs-Vollmitglieder der Körperschaft sind. Die Gebietskörperschaft zeichnet sich durch ihre Beziehung zu einem Territorium in Form von Hoheitsgewalt im Rahmen der ihr zugewiesenen Aufgaben über alle Personen, die sich auf ihrem Gebiet aufhalten, aus. Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist damit eine Organisation, die ihre Rechtssubjektivität nicht der Privatautonomie, sondern einem Hoheitsakt verdankt (Körperschaften des öffentlichen Rechts sind öffentlich-rechtlich organisiert und handeln öffentlich-rechtlich und erfüllen staatliche Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheiten) und bedarf eines Gründungs-

vertrages sowie einer öffentlichen Satzung (auch DRK, Krankenkassen, Rentenkassen, etc.).

Es gilt: **Hoheitlicher Akt bedarf der Souveränität, denn ohne Souveränität keine Hoheit !**

Hier möchte ich mich auf den Rechtssatz: Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet: Niemand kann mehr Rechte übertragen, als er selbst hat => welche sollte dann **eine Verwaltung haben? - keine!**

Seltsamerweise argumentieren die Reichsdeutschen mit Entscheidungen eines BVerfG - eines Gerichts, welches ebenso wenig wie irgendein anderes Staatsgericht ist, da auch ihm der GVG §15 fehlt (von dem Grundgesetzwidrigkeit des BVerfGG und dem Verstoß gegen GG Art. 19 ganz zu schweigen) und welches sich Verfassungsgericht nennt, obwohl die BRD keine Verfassung, sondern nur ein GG hat. Die 1973 Entscheidungen, des nicht untergegangenen DR und seiner Handlungsunfähigkeit nutzt nur den Alliierten { brd-schwindel . info / downloads: Folge fehlender Souveränität - nach Dr Albrecht Jebens: **Dtl. gehört zu den Vasallen und tributpflichtigen "Staaten"** < Juni / Juli 2007 }, den erklärten Feinden des deutschen Volkes - siehe UN Feindstaatenklausel.

Die Reisepässe der Deutschen (UNO - Mandat über das Treuhandsgebiet Deutschland) - zeigen kein „Muster“ oder sonstigen Nachweis, daß es Pässe souveräner Bürger bzw. Bürger eines souveränen Staates sind => **Pässe von Staatenlosen** ... schon wegen dem Nicht-Staat BRD !

Resümee: Die debellatio hat stattgefunden !

- durch Bruch des Völkerrechts und Betrug (Potsdamer Protokoll).

2011:

Mit der Rede von W. Schäuble am 18.11.2011 führte er die logische Konsequenz dieses <CSU> Urprogramm fort. Er teilt darin mit, daß Dtl. nie souverän seit 8. Mai 1945 war. Bei Souveränität ist es wie mit der Schwangerschaft: ein bißchen schwanger geht nicht; ebenso wenig gibt es ein bißchen souverän.

Wo die Rede von W. Schäuble am 18.11.2011 hinführt, wurde uns im Kino 1975 gezeigt - in dem Film Rollerball wird die Wahrheit, die Ziele und Vorgehensweise hinter einem Spiel versteckt, damit der an Aktion - Filmen Interessierte diese Information nicht aufnimmt { statt Staaten gibt es nur noch Corporations, welche die verschiedenen Aufgabenbereiche der Welt untereinander in Zuständigkeiten aufgeteilt haben - die Sinnlosigkeit des individuellen Strebens soll den Menschen durch das Spiel Rollerball aufgezeigt werden }

www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M534b3d16272.0.html

JUNGE FREIHEIT

Startseite | Aktuelle JF | Abos | Leserdienst | Archiv | Freunde der JF | Verlag

20. November 2011 | Politik | Kultur | Wirtschaft | Gesellschaft | Geschichte

Deutschland

Reichstag: Europafahne stößt auf Zustimmung

Freitag, 13.05.2011

BERLIN. Die Entscheidung von Bundestagspräsident Norbert Lammer (CDU), dauerhaft eine Europafahne auf dem Reichstag zu hissen, ist bei Unionspolitikern auf Zustimmung gestoßen.



Die Europafahne auf dem Südostturm des Reichstags Foto: JF

www.mmnews.de/index.php/politik/8267-reichstag-runter-mit-eu-flagge#13217813516822&if_height=207

31.07.2011

Seit dem 10.Mai dieses Jahres weht auf dem Reichstag eine Flagge, welche der oberste Souverän dieser Republik – das Volk – nie in einer Volksabstimmung zugestimmt hat. Es war eine eigenmächtige Entscheidung von Bundestagspräsident Lammers - und ist grundgesetzwidrig. Doch die EU-Fahne flattert immer noch über dem Süd-Ost-Turm, dort wo vor 66 Jahren schon mal eine andere gehisst wurde: Die Rote Fahne.



EU-Flagge über Reichstag - eigenmächtige Entscheidung des Bundestagspräsidenten

Die Inkorporation als Tatbestand der Staatensukzession von Oliver Dörr

44

1. Teil: Der Tatbestand der Inkorporation

kerrechtlich identisch bleibt, ist die pauschale Aussage, Identität und Sukzession würden sich gegenseitig ausschließen⁷⁷, in dieser Allgemeinheit unzutreffend. Vielmehr sind beide, wie eben im Fall der Inkorporation, zeitlich nebeneinander denkbar⁷⁸, so daß die Identität von Staaten richtiger als Gegenbegriff zum Staatsuntergang denn zur Staatensukzession gesehen wird⁷⁹. Lediglich bezogen auf die konkrete Völkerrechtspersönlichkeit eines bestimmten Staates schließen sich Fortbestehen und Sukzession notwendig aus⁸⁰.

**c) Untergang des inkorporierten Staates
als souveränes Völkerrechtssubjekt**

Demgegenüber ist es Tatbestandsmerkmal der Inkorporation und zugleich ihre unmittelbare Rechtsfolge, daß die aus der souveränen Staatlichkeit fließende, umfassende Völkerrechtssubjektivität des inkorporierten Staates erlischt, dieser mithin als originäres ("geborenes") Völkerrechtssubjekt untergeht.

In der Regel wird die Unterstellung des inkorporierten Territoriums unter eine neue oberste Staatsgewalt die Auflösung der auf diesem Gebiet bislang als einheitliche Allzuständigkeit bestehenden Staatsgewalt zur Folge haben. Das eingegliederte Gebiet und das dort lebende Volk verlieren ihre Fähigkeit zu Selbstherrschaft und Selbstorganisation⁸¹, so daß die alte Staatsgewalt vollständig entfällt. Mit der Staatsgewalt aber geht ein unverzichtbares Tatbestandsmerkmal des herrschenden, an der Drei-Elemente-Lehre *Georg Jellinek*⁸² orientierten Staatsbegriffes verloren, der inkorporierte Staat erlischt als

⁷⁷ Wie z.B. von *Geers*, 12; *Marek*, 10; *Epping*, in: Ipsen, Völkerrecht, § 25 Rdn. 5; *Bothe/Schmidt*, RGDIP 96 (1992), 814.

⁷⁸ Ebenso *Fiedler*, Staatskontinuität, 23 f.

Des Weiteren weht in New York vor der Deutschen Botschaft seit Anfang November nur mehr die EU Flagge - wir haben **Inkorporation**

Etwas, das alle sog. EU Staaten blüht - deshalb der Fake mit Griechenland. Was läuft damit aktuell ab ?

Inkorporation der Völker und deren gesamten Länder in ein Vertragswerk: EU (siehe W. Schäuble Video) Ich persönlich bin davon überzeugt, daß die **Staatsinkorporation** bereits (sicherlich nicht nur auf Seiten der BRD, denn Ungarn hat seine Verfassung durch einen Staatsstreich der „Regierung“ Victor Urban abgeschafft und anstellen dessen ein Grundgesetz eingeführt) **stattgefunden hat** und damit eine Nachfolge im Sinne der **Staatssukzession** erfolgte.

Staat kursiv geschrieben, da weder BRD noch die EU ein Staat sind - dennoch erloschen damit die Völkerrechtobjekte(subjekte) Bundesrepublik Deutschland und Republik Ungarn; was ist nun das jeweilige Volk ?

Es hat als eigenständiges Volk aufgehört zu existieren und kann keine (Staatsbürger)Rechte mehr einfordern (IStGH).

Schon im 1. Teil des unbeendeten Weltkrieges vereinigten sich die Gegner Deutschlands als sog. Völkerbund mit dem Ziel der totalen Vernichtung; die UN ist nur der Nachfolger des Völkerbund und

ebenso ein Kriegsinstrument. Deswegen enthält die UN Charta neben den bis heute gültigen Feindstaatenklauseln auch die nicht aufgehobenen Kapitel XI Artikel 73 ff - UN als Treuhandverwaltung aller Länder, welche keine Selbstregierung haben - siehe BRD. Dabei steht in der UN Charta 73ff: es ist ein "heiliger Auftrag" - Intension: Selbstermächtigung ! - daß dieser Auftrag durch höhere als menschliche Rechte erteilt wurde; damit umgeht die UN jede Legitimierung(sfrage) durch die zwangstreuhänderisch-verwalteten Völker (Ausschaltung jeder menschlicher, indigener, völkischer Souveränität und des garantierten Selbstbestimmungsrechts der Völker).

Seine Aussage unterstreicht das Potsdamer Protokoll: *es ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen*. .. Das Potsdamer Protokoll spricht nur von einer Verwaltung, weder von einem Staat, noch einer Regierung; dabei hat eine Verwaltung keine Entscheidungsbefugnis, sondern ist verpflichtet, alle Anweisungen seines (Dienst)Herrn getreulich zu erfüllen.

Der Dienstherr kann nicht das deutsche Volk sein, welches durch die debellatio und c.d.m. selbst zum Sklaven wurde; es bleibt nur die UN, welche als Treuhandverwaltung zum Dienstherrn über Deutschland und das ganze deutsche Volk wurde (wobei die Macht immer in den Händen der 5 Hauptmächte liegt: USA, GB, Rußland, China, Frankreich). Damit ist das Grundgesetz ebenso einer Illusion überführt und die richterliche Aussage verständlich, daß das Grundgesetz für den Deutschen / Angeklagten nicht gilt (denn er ist ja Sklave, der gegenüber seinem Herr ungehorsam ist) - also keine einzige seiner enthaltenen Rechte einforderbar ist. Ob Personal oder Sklave: wir können weder Menschenrechte noch das Naturrecht einfordern - wir sind entmenschlicht. Dabei bedeutet Person / Personal: unbeseelt(es Objekt / Entität)

Mit der Rede von W. Schäuble am 18.11.2011 ist der offizielle Beweis geführt, daß die BRD niemals ein hoheitlicher Betrieb war / ist - damit ein Land zu einem Staat als Völkerrechtssubjekt (originärer Träger von Rechten) wird, bedarf es seiner Souveränität - seine Souveränität ist wieder an die Souveränität seiner Bewohner gekoppelt; Sklaven sind das genaue Gegenteil von souveränen Staatsbürgern.

http://www.mydict.com: In der Demokratie bedeutet Staatssouveränität nicht mehr und nicht weniger als die logische Konsequenz der Souveränität der Völker, die ihre Macht aus freiem Willen an ihre Regenten abgetreten haben. (Junge Freiheit 1999)

wiki: Unter dem Begriff **Souveränität** (*frz.* souveraineté) versteht man in der Rechtswissenschaft die Fähigkeit einer natürlichen oder juristischen Person zu ausschließlicher rechtlicher **Selbstbestimmung**. Diese Selbstbestimmungsfähigkeit wird durch **Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Rechtssubjektes** gekennzeichnet und **grenzt sich so vom Zustand der Fremdbestimmung ab**. In der Politikwissenschaft versteht man darunter die Eigenschaft einer Institution, innerhalb eines politischen Ordnungsrahmens einziger Ausgangspunkt der gesamten Staatsgewalt zu sein. Geprägt wurde der Begriff im 16. Jahrhundert durch den französischen Staatsphilosophen Jean Bodin (1529/1530–1596): definiert den Begriff der Souveränität als die höchste Letztentscheidungsbefugnis im Staat. Im Völkerrecht wird Souveränität als die grundsätzliche Unabhängigkeit eines Staates von anderen Staaten (Souveränität nach außen) und als dessen Selbstbestimmtheit in Fragen der eigenen staatlichen Gestaltung (Souveränität nach innen) verstanden. Die äußere Souveränität eines Staates besteht somit in seiner Völkerrechtsunmittelbarkeit.

Seit einiger Zeit wird versucht, Souveränität neu zu definieren: als Verpflichtung, für den Schutz seiner Bürger zu sorgen. Komme der Staat dieser Verpflichtung nicht nach, gehe die Verantwortung auf die internationale Staatengemeinschaft über. Der Begriff Souveränität, deutsch auch „Staatshoheit“, wird im innerstaatlichen Recht verwendet, um die oberste Kompetenz zur Machtausübung im Inneren eines Staates zu bezeichnen. Staatshoheit heißt also „Staatsgewalt innehalten“ - in demokratischen Staatsformen ist von der Volkssouveränität die Rede.

Diese bezieht sich auf des Volkes als verfassunggebende Gewalt, vermittels derer das Volk über die Staatsform und über andere Staatsgrundsätze bestimmt. Zudem muss die Staatsgewalt nach dem Prinzip der Volkssouveränität durch das Volk legitimiert werden; alle Staatsgewalt muss vom Volk ausgehen (Volkssouveränität zum Beispiel in Deutschland: Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG, in Österreich: Art. 1 B-VG).

Bei Staatenbünden liegt die staatliche Souveränität immer noch bei den einzelnen Staaten. Bei der Gründung eines föderalen Gesamtstaates geben die nachmaligen Gliedstaaten ihre Souveränität teilweise an den Bund ab (der der Bund hat die Kompetenzhoheit).

Diese ermöglicht es ihm, die Kompetenzen zur Wahrnehmung neuer Staatsaufgaben aus seiner eigenen Machtfülle heraus an sich zu binden. Die Gliedstaaten können die Erfüllung von Staatsaufgaben nur in dem Maße selbst leisten, wie ihnen die dafür nötigen Kompetenzen vom Bund zugestanden werden.

Supranationalität (von lateinisch *supra*, „über“, und *natio*, „Volk“ bzw. „Staat“) kennzeichnet eine Ebene über dem Nationalstaat und gilt seit dem Vertrag von Lissabon auch für die Europäische Union (EU). Supranationalität, ein Begriff des Völkerrechts, der Lehre der internationalen Beziehungen mit ihrer autonomen Rechtsordnung. Sie bedeutet eine Verlagerung rechtlicher Zuständigkeiten von der nationalstaatlichen auf eine höher stehende Ebene, die auch als überstaatliche Organisation bezeichnet wird. Eine solche Ebene oder Organisation kann auch dann verbindliche Beschlüsse fassen, wenn nicht alle Mitglieder zustimmen. Sie haben keine originäre Hoheitsgewalt; ihre Kompetenzen beruht auf der Übertragung von Souveränitätsrechten durch die Mitgliedstaaten (sogenannte *derivative* oder „abgeleitete“ Hoheitsgewalt). Vorrang des supranationalen Rechts – Kennzeichnend für supranationale Organisationen ist vor allem die Fähigkeit, Rechtsakte zu erlassen, die unmittelbar Rechtswirkungen für natürliche und juristische Personen in den Mitgliedstaaten entfalten.

Die Alternative zur Kooperation von Staaten in Form supranationaler Organisationen ist das Zusammenwirken von Staaten nach dem Prinzip des Intergovernmentalismus: dieses sieht nur eine zwischenstaatliche Kooperation der Regierungen vor.

Aus der Souveränität ergibt sich die alles entscheidende Frage der Legitimation der staatlichen Gewalt

Wenn das Volk nicht souverän ist (da ab dem 8. Mai oder spätestens ab dem 23. Mai 1945 durch debellation versklavt), kann dieses weder Staat noch staatliche Gewalt (= Herrschaft) legitimieren. Es existiert keine Legitimation der staatlichen Gewalt - weder durch ein getäushtes Volk (welchem eine Volkssouveränität vorgegaukelt wird) noch kann eine UN Treuhand einem Land Souveränität verleihen (erst recht nicht nach debellatio). Kein Wunder, daß es keine Gebietskörperschaftsurkunde eines „Bundestaates oder eines Landratsamtes gibt und keiner der dort tätigen über das Thema reden will - alle Handlungen fallen unter Willkür etc. Keine Ehe ist (bis auf den kirchlichen Part) gültig, keine Scheidung rechtskräftig. Bzgl. der anderen Länder kann ich nur meine Überzeugung wiederholen: jedes bei der UN registriertes Land hat sich unter UN Treuhand gestellt.

> hier dieses Kapitel als [PDF](#) abrufbar: *debellatio 1945 ? - mit der Frage der Souveränität* <
Was ist zu tun ?

Beendet Eure Subjugation - entschließt Euch, freie Souveräne zu sein und verhaltet Euch so.

Wer nun aber denkt, durch die "Anwendung" der UN-Res 56/83 Artikel 9 sich als Staatliche Selbstverwaltung zu deklarierend von der Subjugation zu befreien, ist in zweifacher Hinsicht auf dem Holzweg - die UN Res gilt für die Länder, welche unter UN Treuhand stehen - unter Treuhand stehen heißt eben, daß man verwaltet ist - also keine (Entscheidungs)Befugnisse hat.

Wie soll jemand geknechtetes (Subjugation) eine eigene Staatlichkeit proklamieren können ? - ein unüberbrückbarer Widerspruch (Knecht sein heißt eben NICHT Herr sein !); zudem würde man sich durch die "Anwendung" der UN-Res automatisch auf diesem Wege wieder unter UN Treuhand begeben - man hätte nichts gewonnen !

Dies ist nicht anders, als wenn sich ein dreijähriges Kind als Kaiser / Königin proklamiert .. man tätschelt ihm den Kopf und wendet sich dem wichtigen Tagesgeschäft wieder zu.

Ansonsten verbleibt Ihr "im Spiel" - das Spiel der Illusionen (vlt. sogar nur ein auf mehrere Generationen angelegtes psychologisches Experiment ..), der Illusionen der Welt, der Illusion etwa verändern zu können, der Illusion von Recht, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Wahrheit und eines Christengottes.

Viel wahrscheinlicher ist, daß der 3. Teil dieses Weltkrieges seit Jahrzehnten läuft, nicht mit Gewehren, sondern subtil; schaffe Ängste (Angst ist DAS Herrschaftsinstrument), entzweie die Menschen (*divide et impera*) - indem durch die Kirche Gut und Böse geschaffen wird und sie die einzige "Moralinstanz" ist, welche "objektiv" gut und böse definieren kann & darf.

Nun haben wir uns maximal von unserer eigene Harmonie und des Einklangs mit der Welt, dem

Universellen kosmischen Gesetzen und allem Leben entfernt - wir leben den uns fremden, {auf}oktroyerten Dualismus ! - obwohl, wenn wir einmal zuhören würden, uns unser Herz sagte: wir sind alle Eins, denn alles ist Energie.

Auch die Aufteilung in arm und reich, in Akademiker und Fachkräfte, in Gurus und Hammelherde - ebenso die Aufteilung der Erde in Länder (mit Grenzen) und Regionen (3. Welt mit Hunger), .. dient nur der Trennung, Entfernung und Entfremdung.

Der 3. Teil dieses Weltkrieges läuft !

Es bekämpft der Sohn den Vater, der Bruder die Schwester, .. - alle mit derselben Begründung "ich muß meine Familie versorgen (deshalb machen ich mit)" - so psychiatrisieren sog. Richter hundert Mal schlimmer als in den dreißiger Jahren Menschen nicht nur in Deutschland (ca. 50.000 Menschen / Monat) sondern in dem Land der Direkten Demokratie, in der Schweiz (ca. 10.000 Menschen / Monat), nur weil sie die Wahrheit sagen ! Folge: Suizide - geschätzt 30.000 / Jahr nur in Deutschland.

Wahrheit: *Revisionismus der Geschichte* führt zu Gefängnis in vielen Ländern Europas - wenn die Geschichtsschreibung die Wahrheit schreiben würde, bedürfte es keiner Gefängnisse - nur die Lüge bedarf und bedient sich der Angst, schafft Gesetze zum Schutz der Lüge, denn die Wahrheit steht von sich allein und braucht sich vor nichts zu verstecken.

Sog. Polizei dient als Steinewerfer der "Legalisierung" von Polizeigewalt, .. und verschafft der bankrotten Kommunen Einnahmen mit einer Sicherheitslüge, daß Geschwindigkeit tötet - nicht dies ist das Problem, sondern die Aggression, welche durch Unrecht, Streß und Ausbeutung geschaffen wurden.

[Bild: Polizei als Steinewerfer in Stgt](#)

Die Unterdrückung von Erneuerbarer Energie (zB HHO) und die Aufrechterhaltung dieses Finanz- und Wirtschaftssystem dient **allein und ausschließlich** der Aufrechterhaltung von Abhängigkeiten (Gas, Öl), zu sonst gar nichts !

Dies hat nichts mehr mit (Recht)Staat, Schutzauftrag, Recht & Gesetz zu tun, aber dafür mit Destabilisierung einer Gesellschaft(sform) - dasselbe Ziel, was mit Terror verfolgt wird - damit ich etwas abschaffen kann (Bürger- und Menschenrechte) und ein Gewaltregime installieren - was hier seit etwa 1977 herrscht (aber durch immerwährendes Wegsehen wird es nicht wahrgenommen).